



Hamburg, den 23. März 2026

Liebe Pastorinnen und Pastoren im Kirchenkreis Hamburg-Ost und Hamburg-West/
Südholstein!

Wir freuen uns, dass Sie die diesjährige Aktion „7 Wochen für die Menschenrechte“ unterstützen.

In der Anlage erhalten Sie den Petitionsbrief für den kommenden Sonntag, den 29.05.2026 in der englischen Fassung für den Bundesstaatsanwalt von Minnesota, Herrn Daniel N. Rosen und die übersetzte Form für die Botschaft, - beide zum Verteilen an die Gottesdienstbesucher und andere Interessierte oder zur Veröffentlichung auf der Homepage. Der englische Brief ist mit 1,25 € und der Brief für die Botschaft in Berlin mit 0,95 € zu frankieren.

Hintergrundinformationen

Im Dezember 2025 ging die Trump-Administration bundesweit gegen Einwanderer*innen vor, eine Aktion, die in der Region St. Paul/Minneapolis, Minnesota („Twin Cities“) als „Operation Metro Surge“ bekannt ist. Das Heimatschutzministerium setzte mehr als 3.000 Bundesbeamte der Einwanderungsbehörde ICE ein, die mit militärischen Mitteln gegen die Bewohner vorgingen und in den Twin Cities Minneapolis und Saint Paul für Angst und Panik sorgten. Die Bewohner begannen, sich auf verschiedene Weise zu organisieren, unter anderem mit Protesten gegen die „Operation Metro Surge“. Einige Bewohner*innen der Twin Cities beschrieben die Erfahrung angesichts der gewalttätigen und feindseligen Präsenz von Bundeseinwanderungsbeamten als „Belagerung“.

Am 7. Januar 2026 töteten ICE-Agenten Renee Good, eine Beobachterin von Einwanderungsmaßnahmen der Bundesregierung in Minneapolis. Nach ihrem Tod protestierte am 18. Januar eine Gruppe in einer Kirche in der Stadt St. Paul, weil einer der Pastoren der Kirche zu dieser Zeit der amtierende Leiter der ICE-Außenstelle war. Zur Dokumentation des Protests waren die Journalistin Georgia Fort und andere Pressevertreter*innen vor Ort.

Videoaufnahmen des Protests, die von Don Lemon, einem der Journalist*innen vor Ort, veröffentlicht wurden, zeigen friedlich Demonstrierende, die Slogans skandieren und Gerechtigkeit für Renee Good fordern. Innerhalb weniger Tage wurden die Demonstrierenden festgenommen. Die Bundesregierung versuchte gleichzeitig, die Journalist*innen und andere Pressevertreter*innen festzunehmen, aber ihr Antrag wurde in drei verschiedenen Fällen von einem Amtsgericht, einem Bezirksgericht und einem Berufungsgericht abgelehnt. Das Justizministerium berief daraufhin eine Anhörung vor einer Grand Jury ein, die zu einer Anklage wegen dreier Straftaten, darunter ein Hassverbrechen, gegen Georgia Fort und zwei weitere Pressevertreter*innen, die über die Demonstrationen berichtet hatten, führte. Am frühen Morgen des 30. Januar wurden Georgia Fort und die anderen Pressevertreter*innen festgenommen.

Mit folgendem Text kann in den Gottesdiensten die Briefaktion von amnesty international z.B. bei den Abkündigungen eingeleitet werden:

„Für uns ist nur ein Brief...

... für sie das Überleben.“

In gut 30% aller Fälle, zu denen Briefaktionen gestartet werden, kann eine Verbesserung der Lage der Betroffenen erreicht werden; z.B. ein Todesurteil wird nicht vollstreckt, Folter wird nicht fortgesetzt, Gefangenen wird Kontakt zu Rechtsanwälten und Familienangehörigen ermöglicht, oder sie werden freigelassen.

Die Macht der Öffentlichkeit – hierin liegt der Hebel für Arbeit von amnesty international – und für unsere Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Pommerien

Amnesty-Gruppe 1452 Hamburg

stephan.pommerien@amnesty-hamburg.de